

Zeitschrift: DrogenMagazin : Zeitschrift für Suchtfragen
Herausgeber: Verein DrogenMagazin
Band: 17 (1991)
Heft: 1

Artikel: Das Geschäft mit den Drogen
Autor: Glass, Daniel
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-801347>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Geschäft mit den Drogen

Die volkswirtschaftliche Relevanz des Geschäfts mit den Drogen ist zwar bekannt, wurde bisher aber vernachlässigt. Angebot und Nachfrage, Illegalität, freie Marktwirtschaft und die Kosten der Kriminalisierung prägen unsere Drogenpolitik nachhaltig. Eine erste Tagung greift dieses Thema auf.

VON DANIEL GLASS

Rauschdrogen bedeuten zunächst Sucht und soziales Elend. Rauschdrogen sind aber auch ein riesiges Geschäft: Der Umsatz auf den Märkten für Cannabis, Heroin und Kokain wird auf 150 Milliarden Dollar geschätzt. Das entspricht fast dem Bruttosozialprodukt der Schweiz. Die illegalen Drogenmärkte folgen eigenen Gesetzmässigkeiten. Sie korrumpieren unsere Gesellschaft mit ihren Kapitalströmen dort, wo wir es nicht erwarten würden. Das Verbot der Rauschdrogen ist eine irrationale Reaktion, die den Süchtigen grösseres Elend und der Gesellschaft vermeidbare soziale und wirtschaftliche Kosten auflädt.

Fehlende ökonomische Aspekte in der Drogenpolitik

Wenn in der Öffentlichkeit über die Drogenpolitik nachgedacht und diskutiert wird, gilt die Aufmerksamkeit fast immer dem Gebrauch der Drogen: Der "Szene", den FixerInnen, den kleinen Dealern. Gesundheitliche, soziale oder polizeiliche Probleme stehen im Vordergrund.

Im Hintergrund und vernachlässigt bleibt in der Drogenpolitik die volkswirtschaftliche Perspektive. Bevor man Drogen gebrauchen oder missbrauchen kann, muss jemand sie herstellen und verkaufen.

Über dieses "Geschäft mit der Droge" diskutierten Wirtschafts- und Drogenfachleute an einer gut besuchten Tagung im Gottlieb Duttweiler-Institut in Rüslikon. Dass die Tagung auf so grosses Interesse stiess, hat zunächst einmal mit dem allgemeinen Konsens zu tun, dass das Drogenproblem von grosser gesellschaftlicher Bedeutung sei. Aber gerade dieser Konsens weckt das Unbehagen von Richard Müller, dem Direktor der Schweizerischen Fachstelle für Alkohol- und Drogenfragen, der in seinem Referat ausführte:

"75 % der Schweizerinnen und Schweizer denken, dass neben Umweltproblemen die Drogenfrage die soziale Frage Nummer Eins in unserem Lande ist. Und diese Feststellung bereitet mir Unbehagen. Sämtliche Daten, über die wir verfügen, zeigen, dass der Anteil Jugendlicher, der Drogen konsumiert, nicht gestiegen ist, mindestens in den letzten zwölf Jahren. (Das schliesst natürlich nicht aus, dass die Gesamtzahl der Konsumenten nicht angestiegen ist, weil jeweils neue Alterskohorten zu den bisherigen Konsumenten dazustossen.) Wir haben 100'000 bis 150'000 Alkoholabhängige, wir haben ungefähr 100'000 Medikamentenabhängige, wir haben anderthalb Millionen Raucher. Jedes Jahr sterben 5'000 Menschen, weil sie geraucht haben. Wir haben etwa 250 Drogentote im Jahr. Und wir haben in etwa 15'000 Drogenabhängige."

Diese Zahlenverhältnisse besagen nichts über das grosse Elend, das sich mit dem Drogenmissbrauch verbindet. Sie sagen aber etwas über die Art und Weise, in der unsere Gesellschaft ihre Probleme wahrnimmt und ihre Wichtigkeit definiert. Und sie zeigen die Verhältnismäs-

sigkeit des Aufwandes, den die Gesellschaft treibt, um ihre Probleme zu lösen oder unsichtbar zu machen.

Legal oder illegal: der Markt funktioniert

Drogen wie Alkohol, Nikotin oder einzelne Medikamente kann man auf dem freien Markt kaufen, und ihre Vermarktung wird durch Reklame gefördert. Andere Drogen dürfen nicht öffentlich angepriesen werden. Sie sind tabu, und wer sie kauft, macht sich strafbar. Unabhängig davon sind beide Drogenarten ein Geschäft, das eine frei und ehrenwert, das andere verboten und illegal. Für beide Drogengeschäfte gibt es einen Markt. Dieser funktioniert in beiden Fällen nach den Gesetzen der Ökonomie, nicht nach jenen der Moral oder der staatlichen Drogenpolitik.

Wie unterscheidet sich ein illegaler Drogenmarkt von einem legalen? Dazu äusserte sich an der GDI-Tagung Werner Pommerehne, Professor für Volkswirtschaft an der Universität Saarbrücken. Auf einem freien Drogenmarkt gelten im Wesentlichen die Gesetze von Angebot und Nachfrage, egal, ob mit Wein oder mit einer heute verbotenen Droge gehandelt wird. Beliebige viele Anbieter haben Zugang zum Markt, und wegen dieser Konkurrenz werden die Preise nicht wesentlich höher sein als die Kosten für Herstellung, Transport und Handel. Anders ist es auf einem illegalen Markt für Drogen, wie Pommerehne ausführte:

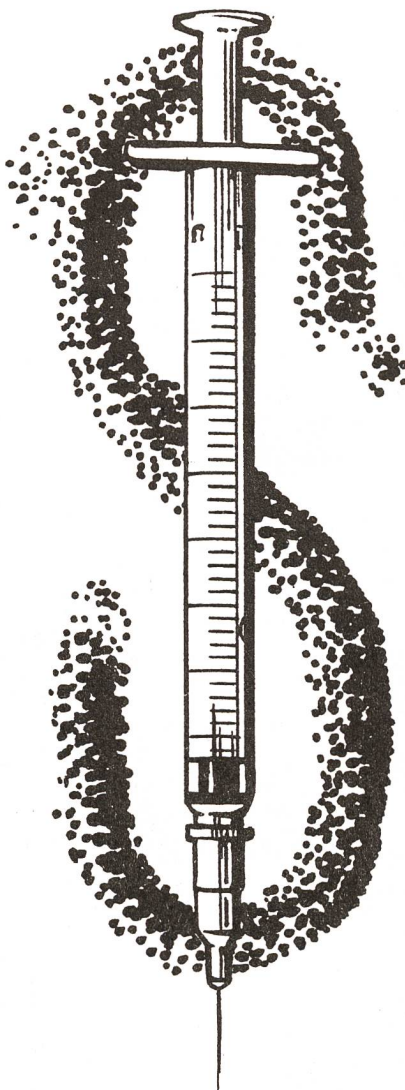
"Das Verbot des Anbaus, der Herstellung, des Vertriebs und des Besitzes harter Drogen ändert die Rahmenbedingungen dieses Marktes ganz entscheidend. Und zwar beide Seiten, die Anbieterseite und die Nachfrageseite. Die Nachfrageseite: Die Nachfrage der Süchtigen und die Nachfrage der Probierer zusammengenommen führen dazu,

dass die Gesamtnachfrage etwas zurückgeht im Vergleich zu einem freien Markt. Aber sie wird nicht sehr stark zurückgehen, und sie wird möglicherweise noch weniger flexibel auf Preissteigerungen." Auf einem freien Markt haben die Probierer, die Neugierigen, die NeueinsteigerInnen freien Zugang zur Droge. Auf einem illegalen Markt werden sie vom Markt ausgeschlossen, oder der Zugang zum Markt wird ihnen zumindest erschwert. Im Markt bleiben die Süchtigen, die ihre Droge um jeden Preis haben wollen - "um jeden Preis" auch im wörtlichen, ökonomischen Sinne. Sie werden durch ein Verbot nicht vom Markt vertrieben. Ihre Nachfrage besteht unabhängig vom Preis und den Verboten. Pommerehne weiter, zur Angebotsseite:

Gewinnspanne als Lohn für's Risiko

"Wenn Strafen eingeführt oder angedroht werden, dann entsteht für die Aktivität, die nun verboten ist, ein erhebliches Risiko. Wer also von den bisherigen Anbietern weiter im Geschäft bleiben will, wird entsprechend eine hohe Risikoprämie verlangen, die zu den bisherigen Gestehungs-, Transport- und Absatzkosten hinzukommt. Die Gesamtkosten, z.B. pro Kilogramm Droge, steigen wegen des Verbots auf ein Vielfaches."

Ein Beispiel für die Preisverhältnisse auf dem illegalen Drogenmarkt: Ein Bauer in Pakistan erhält zwischen zweihundert und tausend Pfund Sterling für die Menge Roh-Opium, die zur Herstellung von einem Kilo Heroin nötig ist. Über einen pakistanischen Grosshändler gelangt das Opium per Kurier z.B. zu einem britischen Importeur und über einen Grossisten in den Strassenverkauf. Dort kostet das Kilo Heroin, nach Pommerehne, 140'000 bis über 200'000 Pfund Sterling, also zwei- bis siebenhundert mal mehr, als der pakistanische Bauer für die ent-



sprechende Rohware erhalten hat. Das ist die Gewinnspanne, die sich auf jene verteilt, die auf den verschiedenen Stufen des Zwischenhandels, des Transports und der Aufbereitung beteiligt sind - der Lohn des Risikos.

"Es ist klar, wer dieses Risiko nicht tragen will, scheidet als Anbieter aus. Der Markt wird vor allem für jene interessant, die im Umgang mit Risiko besonders geschult sind, die besondere Fähigkeiten haben, illegale Aktivitäten durchzuführen - also das organisierte Verbrechen. Das organisierte Verbrechen wird mit - aus seiner Sicht - völlig effizienten Methoden einschliesslich Mord weitere bislang verbliebene Anbieter aus dem Markt drücken. Insgesamt entwickelt sich ein Markt, der an den entscheidenden Stellen ganz wenige Anbieter aufweist, der also gesamthaft in Richtung eines Kartells geht oder, lokal gesehen, zu bestimmten Monopolen."

Der freie Markt zerstört Monopole

Die Monopole entstehen durch das Verbot des Drogengeschäfts. Die unwahrscheinlich grossen Gewinnspannen werden möglich, weil es auf der Angebotsseite keine Konkurrenz gibt und die Monopole die Preise diktieren können - und wegen der Sucht der Konsumenten, die jeden geforderten Preis bezahlen, weil sie den Stoff haben müssen. Weiterhin werden die Preise in die Höhe getrieben wegen der hohen Kosten, die das clandestine Vorgehen in der Illegalität mit sich bringt. Auf einem freien Markt würden die Monopole zusammenbrechen wie ein Kartenhaus, und ebenso die Preise. Pommerehne schätzt, dass auf dem freien Markt die Preise ein Hundertstel oder weniger der heutigen Schwarzmarktpreise betragen würden. Für die Anbieter wäre der Drogenmarkt weit weniger interessant als jetzt; sie hätten ein weit geringeres Interesse an einer möglichst grossen Zahl süchtiger Konsumenten.

Die enormen Umsätze des organisierten Verbrechens

Unter den gegebenen Verhältnissen sind die Umsätze auf allen Stufen des Drogenhandels enorm. Das organisierte Verbrechen setzt im Drogengeschäft Milliarden um und ist damit ein wichtiger Wirtschaftsfaktor geworden. Die Bedeutung des organisierten Verbrechens als Wirtschaftsfaktor wurde von Frank Garbely beschrieben, der als Soziologe und Journalist in Genf die Kapitalströme im internationalen Verbrechen untersucht:

"Bereits vor fünf Jahren hat man in der BRD geschätzt, dass der vom organisierten Verbrechen erwirtschaftete Wert bei 10 bis 12 Prozent des Bruttosozialprodukts liegt. Wenn Organisationen mehrere Hundert Millionen Mark Umsatz im

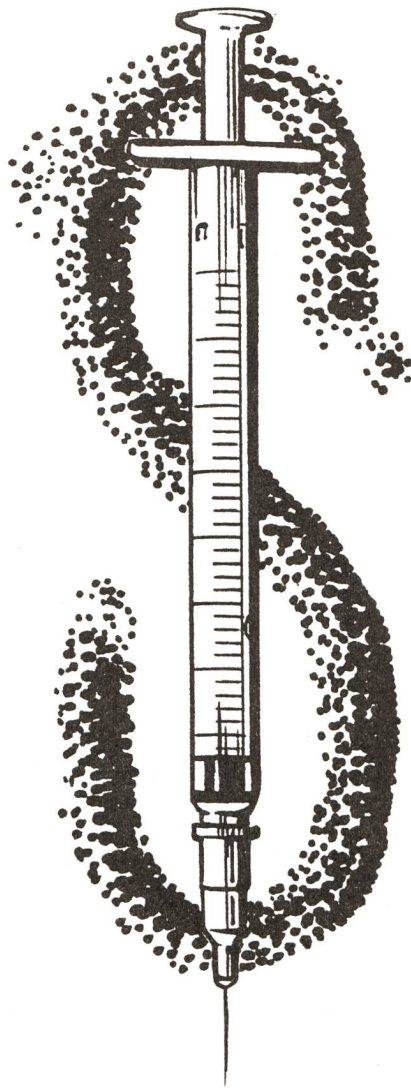
Jahr produzieren, dann sind das nicht mehr irgendwelche kleine Banden, die man in den Knast stecken kann. Diese Leute haben dann auch eine entsprechende Macht, eine entsprechende politische Lobby. Die Repression wird sinnlos, wenn diese Kreise, die man damit eindämmen möchte, zwischen drei und sechs Prozent des Bruttosozialprodukts eines Landes produzieren. Repression ist dann praktisch nicht mehr möglich. Man muss dann andere Wege finden, um sich mit diesen Leuten zu einigen, um die Gesellschaft so zu organisieren, dass man sich gegenseitig nicht zu viel schadet."

Die Verbrecherkartelle sind in der Grösse mit grossen multinationalen Konzernen zu vergleichen. Sie sind nicht nur in der Unterwelt zu finden; sie investieren ihr Kapital auch in der normalen, legalen Wirtschaft. Gerade darin sieht Garbely die grosse Gefahr für die Gesellschaft:

"Das bedeutet nämlich: Wenn DIE ganze Wirtschaftssectoren aufgekauft haben und dort völlig legal arbeiten, dann sind die Arbeiterinnen und Arbeiter, die in einem solchen Sektor tätig sind, diese Männer und Frauen und ihre Arbeitsplätze vom Erfolg, vom kriminellen Erfolg des organisierten Verbrechens abhängig. Wenn eine Mafiaorganisation zum Beispiel in einem Krisengebiet eine Fabrik kauft, mit fünfhundert Arbeitsplätzen, und sie hält diese Fabrik mit ihren Gewinnen aus dem kriminellen Bereich über Wasser, dann erhält sie sofort eine politische Lobby, sie wird unterstützt. Das heisst, die politische Macht, die sich dann ausdehnt, das ist eine bei uns noch nicht realisierte Form von Korruption."

Kriminelles Kapital wird legaler Wirtschafts-Sektor

Der kritische Punkt bei solchen Investitionen ist beim Übergang des kriminellen



Kapitals in den legalen Sektor der Wirtschaft. Frank Garbely:

"All diese Gelder müssen so umgewandelt werden, dass man die ursprüngliche Herkunft nicht mehr erkennen kann, dass man nicht mehr nachvollziehen kann, woher dieses Geld eigentlich kommt. Beim organisierten Verbrechen werden derart grosse Beträge umgesetzt, dass man ohne Mittun von Banken und Finanzinstituten nicht arbeiten kann. Im Bereich des organisierten Verbrechens geht es ohne die offiziellen Bankssysteme überhaupt nicht. In der Schweiz besteht eine besondere Situation, weil unsere Gesetze und unsere Bankerfahrung, unsere Praktiken und auch unsere moralischen Geschäftseinstellungen diese Verschleierungen in extremem Masse begünstigt haben. Die Konsequenz daraus war, dass sehr viele Leute in diesem Geschäft aus den umliegenden Ländern in die Schweiz kamen, weil sie hier eben

nicht strafbar waren. Das Geld, das sie einkassierten, wurde nicht weggenommen, sie wurden nicht bestraft, und vor allen Dingen blieb ihre Organisation intakt. Mit der Veränderung der Schmuggelwelt, beispielsweise dem Umstieg von Tabak auf Drogen, hatte dies verheerende Wirkungen für die Situation in der Schweiz."

Geldwäscherei: aus Schwarz mach Weiss

In der offiziellen Schweiz hat man erst seit relativ kurzer Zeit wahrgenommen, was das schwarze Geld und das Weisswaschen von Geld bedeutet, und man hat angefangen, etwas dagegen zu unternehmen. Aber der Gesetzgeber und der Justizapparat hinken den Praktiken der Finanzwelt weit hinterher.

"Im Grunde genommen wissen wir nur einigermaßen, wie die Geldwäscherei bei Bargeld funktioniert. Wie sie beim elektronischen Zahlungsverkehr vor sich geht, wie sie bei den Vermögenswerten vor sich geht, darüber haben wir keine Ahnung. Ein Beispiel: Der Strassenwert der von der Pizza-Connection verkauften Heroinmenge machte 1,6 Milliarden Dollar aus. Von diesen 1,6 Milliarden Dollar, die ja gewaschen werden mussten, da es schmutziges Geld war, wurden nur ein paar Hundert Millionen beschlagnahmt. Wo der Rest dieser 1,6 Milliarden geblieben ist, wo die gewaschen worden sind, in welchen Taschen oder in welchen Banken sie geblieben sind, davon weiss heute noch keiner etwas."

Den bargeldlosen Zahlungsverkehr kann man so undurchsichtig machen, dass keine Finanzbehörde mehr herausfindet, woher welches Geld kommt. Die Tricks dazu sind im Prinzip einfach, wenn auch mitunter aufwendig in der Ausführung. Ein Beispiel von Garbely:

"Angenommen, in Zürich schliesst je-

mand ein Geschäft ab, einen Verkauf aus den USA, und es wird mit Dollar bezahlt. Wenn vor dem Käufer eine Treuhandgesellschaft gestaffelt ist, und vor der nochmals eine Treuhandgesellschaft, und die geht zu einer Bank, und diese Bank geht zu einer Bank und überweist den Betrag zu einer Bank in den Staaten, und die hat wieder als Kunde eine Bank, und die wieder eine Treuhandgesellschaft, und dann noch eine Firma, und dann der eigentliche Geschäftspartner – dann sind das riesige Schritte, die im heute gut funktionierenden Bankensystem innerhalb weniger Tage vollzogen werden können. Aber wenn ein Richter, der kaum oder knapp oder ein bisschen eine Bilanz lesen kann, diese Schritte nachvollziehen will, wird er womöglich ein bis zwei Jahre benötigen... Wenn aber in Deutschland die Polizei Geld beschlagnahmt, mit dem Vorwurf, es sei Drogengeld, dann hat sie eine Frist von einer Woche, den Beweis zu erbringen, dass es wirklich Drogengeld ist. Andernfalls muss sie das Geld wieder freigeben."

Aussichtsloses Hinterher-Hinken

Auf dieser Basis ist der Kampf gegen das organisierte Verbrechen aussichtslos und irrational. Aussichtslos, weil die Mittel der Verfolgung immer weit hinter den Möglichkeiten des organisierten Verbrechens herhinken. Richard Müller verweist auf eine Studie im Auftrag des deutschen Bundeskriminalamtes: Diese kommt zum Schluss, dass die Bemühungen um eine gesteigerte polizeiliche Effizienz im Drogenkrieg die Rationalisierung organisierter und professioneller Kriminalität im internationalen Rauschgifthandel begünstigt. Irrational ist dieser Kampf, weil er die Gesetzmäßigkeiten des Drogenmarktes ignoriert. Die Zielsetzungen einer rationalen Drogenpolitik umreist Richard Müller von der Schwei-

zerischen Fachstelle für Alkoholfragen so:

"Eine rationale Drogenpolitik muss von zwei Zielsetzungen ausgehen: Erstens sind die gesundheitlichen Folgen zu eliminieren, die aus dem Konsum der Droge entstehen. Zweitens sind auch die sozialen Kosten zu minimieren, die aus der Verfolgung des ersten Zieles entstehen. So einfach ist das Problem."

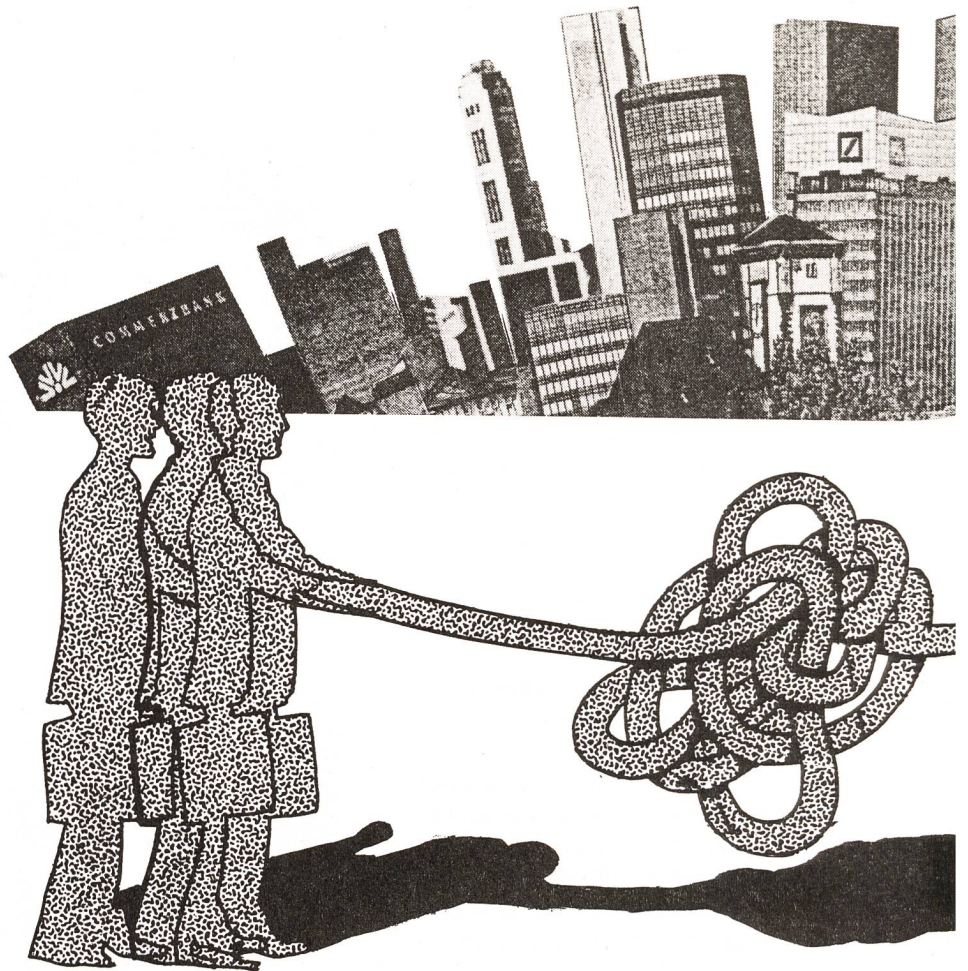
Das Verbot des Drogenkonsums ist für Müller eine irrationale Drogenpolitik: Sie verschlimmert die gesundheitlichen Folgen des Drogenkonsums bei Süchtigen, statt sie zu verkleinern. Und sie verursacht immense soziale Kosten. Eine rationalere Drogenpolitik könnte mit weit geringeren sozialen Kosten die gesundheitlichen Probleme des Drogenkonsums erheblich verkleinern. Für Richard Müller bedeutet das Verbot und die Bestrafung des Drogenkonsums (bzw. die Strafandrohung) unter anderem folgendes:

"Zunächst bedeutet das eine Strafe für ein Verbrechen ohne Opfer. Es bedeutet massive Rechts-Ungleichheit: Warum werden Raucher nicht bestraft? Warum nicht Alkohol-Konsumenten? Das Drogenverbot bedeutet weiterhin die Schaffung eines profitablen Schwarzmarktes für illegale Drogen mit exorbitanten

Gewinnmöglichkeiten und hohem kriminogenem Potential. Es bedeutet Förderung der Beschaffungskriminalität, es bedeutet Förderung der Beschaffungsprostitution mit einem hohen HIV-Infektionsrisiko: sich prostituierende Drogenabhängige sind sehr schlecht in der Lage, Wünschen der Kunden nach nicht-safe-Sex zu widerstehen, das kann man nachweisen. Weiterhin bedeutet das Drogenverbot die Verminderung der Qualität der Drogen mit Folgen für die Gesundheit und der Überlebenschancen der Drogenkonsumenten. Schliesslich sterben die wenigsten letztlich an einer genauen Überdosierung. Sie sterben an der abenteuerlichen Mischung, mit welcher Drogen eingenommen werden."

Zusätzliche Kosten wegen der Kriminalisierung...

Einen Teil der sozialen Kosten, die der Gesellschaft durch das Verbot der Drogen entstehen, kann man direkt beziffern. Die medizinischen Kosten für die Heilung und Rehabilitation von Drogensüchtigen und die Pflege drogensüchtiger Aids-Kranker schätzt Müller auf einen Betrag





zwischen 73 und 119 Millionen Franken. Ein Teil dieser Kosten wird immer anfallen, solange es Drogensüchtige gibt, unabhängig von einem Verbot. Ein anderer Teil dieser Kosten entsteht aber unmittelbar, weil die Drogenabhängigen in der Kriminalität leben müssen.

Die Kosten für die Bekämpfung der Drogenkriminalität liegen bei rund 160 Millionen Franken jährlich: Kosten für Polizei und Drogenfahndung, Zoll, Justizwesen (abzüglich bezahlter Geldstrafen), Inhaftierungskosten und Kosten infolge Drogenkriminalität. Diesen 160 Millionen Franken für die direkte Repression stehen Ausgaben von 16 Millionen Franken für Prävention und Forschung gegenüber.

Ist es gerechtfertigt, zehn Mal mehr für die Repression auszugeben als für die Prävention? Für Richard Müller ist es erwiesen, dass die Drohung mit Polizei und Strafen kaum jemanden von den Drogen abhält:

...ohne präventive Wirkung

“Es gibt keine generalpräventive Wirkung der Strafe. Eine Reihe von Studien

zeigt, dass weder die eingeschätzte Wahrscheinlichkeit, beim Drogenkonsum erwischt zu werden, noch die Sanktions-schwere signifikante Grössen für den Konsum-Entscheid darstellen. Fest steht, dass in der Schweiz von der Polizei zunehmend die Rezidivisten und nicht Erstkonsumenten von der Polizei erfasst und der Justiz zugeführt werden.” Die bereits Süchtigen lassen sich durch Verbote und Strafandrohungen ebensowenig wie durch den hohen Preis des Schwarzmarktes vom Drogenkonsum abbringen. Das Angebot wird ebenfalls nicht verringert.

Die Freigabe als “Lösung”?

Trotzdem schlug keiner der Referenten an der GDI-Tagung vor, die Drogen uneingeschränkt freizugeben. Auf einem völlig freien Markt mit entsprechend tiefen Preisen wären für Probierer und Einsteiger die Drogen zu leicht zugänglich. Das Verbot der Drogen hat eine gewisse Signalwirkung: “Drogen sind gefährlich.” Viele Jugendliche halten sich von der Drogenszene fern, weil sie wissen, wie gefährlich der Drogenkonsum ist. Auch

wenn jeder, der Drogen will, sich welche beschaffen kann, so wissen doch sehr viele Jugendliche nicht, wo und wie sie sich harte Drogen beschaffen könnten. Drogen zu verbieten, heisst, sie zu ächten und den Zugang zu ihnen zu erschweren. Diese Vorteile der gegenwärtigen Situation darf man nicht verspielen, war die Meinung der Experten am GDI-Seminar. Die meisten sahen als Lösung eine kontrollierte Abgabe an Süchtige vor, wobei die Preise tief und die Qualität der Drogen kontrolliert sein müssten. Für Süchtige wäre der Strassenhandel damit unattraktiv. Die Freigabe des Marktes vor dem Endverbraucher-Handel würde die Preise zusammenbrechen und damit das Drogengeschäft uninteressant werden lassen. Die Gesellschaft würde sich von den ökonomischen, sozialen und politischen Folgekosten der Drogen-Kriminalisierung befreien.

Statt illegale Drogen Giftmüll-Beseitigung

Das organisierte Verbrechen, für das das Drogengeschäft heute eine grosse Rolle spielt, wäre damit natürlich nicht beseitigt: Es würde neue Geschäftszweige finden, wie z.B. den Handel mit Giftmüll und Giftmüll-Abladeplätzen. Zu zwei weiteren Fragen fand die GDI-Tagung keine Antworten: Wie würde man eine rationalere Drogenpolitik in der Schweiz durchsetzen, in der das Verbot, die Ächtung und Tabuisierung des Drogengebrauchs wichtige sozialpsychologische Funktionen hat – wie die kollektive Identitätsstiftung durch einen gemeinsamen “Feind”? Und wie könnte man eine solche Drogenpolitik europa- oder gar weltweit durchsetzen, wenn eine liberale “Insel”-Politik kein Ausweg aus der Drogenproblematik ist? Wunsch- und Zielvorstellungen wurden deutlich - der Weg liegt noch im Dunkel. ■